

Kinderbetreuung

ABSCHAFFUNG DER KITAGEBÜHREN UND ENTLASTUNG DER KOMMUNEN NOTWENDIG

Wir werden in den kommenden Monaten für die vollständige Gebührenfreiheit der Betreuung in Kindertagesstätten und die finanzielle Entlastung der Kommunen und der freien Träger werben. Darum hat die SPD/FWG-Koalition einen entsprechenden Antrag im Kreis-

nen einfachen Kita-Platz zwischen 80 € und 200 €, der für einen Krippenplatz zwischen 110 € und 220 €. Das wollen wir ändern und dazu gehören kostenfreie Bildungsangebote von der Krippe über Kindertagesstätten und Schulen bis zur Universität. Die Kitas sind



colourbox / Taras Yakovyn

tag gestellt. Die Koalition sieht in der frühkindlichen Bildung einen wichtigen Schlüssel zum Bildungserfolg eines Kindes. Der Zugang zu Bildung solle grundsätzlich kostenfrei sein, um Chancengleichheit sicherzustellen. Wir wissen, dass Gebühren eine Zugangsbarriere ist. Es geht SPD und FWG deshalb um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg so abhängig vom Geldbeutel der Eltern, wie in Deutschland. Kreisweit variieren die Elternbeiträge für ei-

nerwerben Wissen und Kenntnisse und lernen den sozialen Umgang miteinander.

Die Gebührenbefreiung setzt eine deutlich stärkere Kostenbeteiligung des Landes voraus. Wir fordern daher das Land auf, im Laufe der nächsten Legislaturperiode mit der stufenweisen Abschaffung der Elternbeiträge auch den Landesanteil auf zwei Drittel der Gesamtkosten zu steigern. Damit würden gleichzeitig Kommunen und freie Träger deutlich entlastet.



SPD-Landtagsfraktion

IN EIGENER SACHE

Nach dem Ende der Sommerpause befasst sich der vorliegende neue Rundbrief der SPD-Kreistagsfraktion schwerpunktmäßig mit der nächsten Sitzung des Kreistages. Wir wollen das Thema Kinderbetreuung weiter voranbringen. Das Land muss hier endlich seine Hausaufgaben erfüllen. Das gleiche gilt für den Weiterbau der A49. Auch die neue Mogelpackung „Hessenkasse“ wollen wir thematisieren. Hierzu finden sich aktuelle Informationen ebenfalls in dieser Ausgabe. Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Euer



Seite 2
Weiterbau der A49

Schulsanierung

Seite 3
„Hessenkasse“

Infrastruktur und Straßenbau

LANDESREGIERUNG MUSS ENDLICH BAURECHT FÜR DIE A49 SCHAFFEN

Die Hessische Landesregierung muss endlich die planerischen Voraussetzungen für den Weiterbau der A49 bis zum Anschluss an die A5 schaffen und einen bestandskräftigen Planfeststellungsbeschluss vorlegen. Aus diesem Grund wird die Koalition einen entsprechenden Antrag in den Kreistag einbringen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in unserer Region tritt uneingeschränkt für den Weiterbau der A49 ein. Insbeson-



A49 Baustelle Schlierbach / Lanzke

dere die Entlastung durch den Schwerlastverkehr entlang der B 3 ist für viele Menschen drin-

gend notwendig. Darüber hinaus können durch den Weiterbau der A49 wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwick-

lung unseres Kreises und die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Nachdem der

Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die notwendigen Mittel für den Weiterbau der A49 bewilligt hat, darf es keine weiteren Verzögerungen durch die Landesregierung geben. Das gilt auch für den Lärmschutz an den bestehenden Abschnitten. Neben dem bestehenden

Tempolimit müssen auch bauliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Anwohner von Edermünde bis Neuental zu schützen.

Schulen

KREIS SETZT GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR SCHULSANIERUNG UM

Seit Jahren investiert der Schwalm-Eder-Kreis große Summen in die Sanierung seiner Schulen, auch in finanziell schlechten Zeiten. Dies war immer ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Schulpolitik im Schwalm-Eder-Kreis. Bereits vor fünf Jahren hat der Landkreis ein Programm mit einem Umfang von 29 Millionen Euro aufgelegt, um die Energiebilanz der kreiseigenen Gebäude zu verbessern. Dieses läuft noch bis 2024. Auch in den Sommerferien dieses Jahr es waren daher zahlreiche Schulen wieder fest in der Hand der Handwerker.

Aktuell sollen fast 14 Millionen Euro verbaut werden. Der

überwiegende Teil des Geldes wird in die energetische Sanierung der Gebäude gesteckt. Insbesondere werden Dächer,



Berufsschule Fritzlar / Lanzke

Fenster und Fassaden saniert, sowie Heizungsanlagen ausgetauscht. Der Klimaschutz stehe zwar im Mittelpunkt, unter anderem sollen aber auch 1,5 Millionen Euro verwendet werden, um das Lernumfeld

für die Schüler zu verbessern. Dabei gehe es beispielsweise um Schallschutz sowie die Erneuerung von Fußbodenbelägen und Wandanstrichen.

Das sich diese Maßnahmen sowohl ökologisch, als auch finanziell lohnen, ist kein Geheimnis. Im Jahr 2016 beliefen sich die Energiekosten für die 69 Schulen des Schwalm-Eder-Kreises auf 2,3 Millionen Euro. Setzt man für den Energieverbrauch des Jahres 1995 die heutigen Energiepreise an, würden die Kosten etwa 4,3 Millionen Euro betragen. Daraus ergibt sich nach Berechnungen des Landkreises eine Einsparung von etwa zwei Millionen Euro pro Jahr, verglichen mit 1995.

Kommunale Finanzen

„HESSENKASSE“ - EIN UNZUREICHENDER WIEDERGUTMACHUNGSVERSUCH

Das Land Hessen lobt sich überall für seine angeblich kommunalfreundliche Politik und die Erfolge seines Schutzschirms. In der Diskussion um den Abbau von kommunalen Kassenkrediten liegt jetzt ein erster umfassender Vorschlag des Landes auf dem Tisch.

Wir erleben dabei wieder einmal den Versuch einer CDU-geführten Landesregierung, Probleme im Nachhinein zu lösen, die seit 2009 erst unter CDU-Verantwortung geschaffen wurden. Der hohe Schuldenstand der hessischen Kommunen und die Belastung durch die Kassenkredite in Höhe von rund 6 Milliarden Euro, resultiert einzig und allein durch die mangelnde Finanzausstattung und damit einhergehende Kommunalfeindlichkeit der vergangenen schwarz-gelben, aber auch der aktuellen schwarz-grünen Landesregierung.

Mit dem Programm werden nicht einmal die Schulden der Kommunen abgebaut, die alleine ab 2009 durch die mangelhafte Finanzierung der hessischen Kommunen entstanden ist. Das Programm ist lediglich ein unzureichender Wiedergutmachungsversuch.

Es ist mehr als fraglich, ob die Kommunen den geforderten Eigenbeitrag zur Inanspruchnahme der Hessenkasse in Höhe von 25 Euro pro Einwohnerin und Einwohner aufbrin-

gen können, ohne dass eine erneute Welle von Gebühren- und Steuererhöhungen auf die Bürgerinnen und Bürger zurolle. Die angekündigte Verschärfung der Kommunalaufsicht lasse in dieser Hinsicht Schlimmes befürchten.

Kommune	Kassenkredit pro Einw.
Neuental	1961
Spangenberg	1691
Schrecksbach	1289
Knüllwald	1227
Morschen	1020
Gilserberg	912
Schwalmstadt	658
Melsungen	654
Felsberg	471
Ottrau	424
Niedenstein	414
Körle	412
Willingshausen	308
Borken	307
Jesberg	298
Homburg	216
Neukirchen	139
Frielendorf	137

Quelle: Land Hessen

Die Landesbeteiligung muss erhöht und festgeschrieben werden; die Beteiligung des Landeshaushalts darf nicht als bloße Residualgröße veranschlagt werden. Hier ist ein fester und angesichts der Mitverantwortung des Landes für den Kassenkreditaufbau der vergangenen Jahre deutlich höherer Anteil des Landes erforderlich. Insoweit können die auf Hessen entfallenden Anteile der höheren Umsatzsteu-

erbeteiligung der Länder aufgrund des (Bundes-) „Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ nicht als Landesmittel angerechnet werden, weil der Bund diese Umsatzsteuerbeteiligung des Landes ausdrücklich zur Entlastung der Kommunen vorgesehen hat. Außerdem sollen zur Versorgung der „Hessenkasse“ mit dem nötigen Geld auch alle hessischen Kommunen mithelfen, indem sie die für den „Fonds Deutsche Einheit“ bestimmte höhere Gewerbesteuerumlage auch nach deren geplantem Auslaufen 2020 weiter zahlen.

Es bleibt daher festzuhalten: Die „Hessenkasse“ ist ein unzureichender Wiedergutmachungsversuch des Landes mit dem eigenen Geld der Kommunen.

Impressum
SPD-Kreistagsfraktion
Bahnhofstraße 36c
34582 Borken (Hessen)

05682/5341
spd-kreistagsfraktion-sek
@spd.de

Redaktion:
Günter Rudolph, MdL
Dr. Stephan Lanzke